

neue linke

Zeitung der Partei **DIE LINKE.**



»Sehr wütend«:
Demo gegen die Krise am
29. Januar in Paris.

Millionäre zur Kasse!

Die Bundesregierung will die Kosten von Bankenrettung und Konjunkturprogrammen auf die Bevölkerung abwälzen. Aber die Losung der Stunde muss lauten: Profiteure zur Kasse!

In der Wirtschaftskrise der 1930er

Jahre hat der damalige US-Präsident Franklin D. Roosevelt vorgemacht, wie es funktionieren kann: Er hat die Reichen bezahlen lassen, den Spitzensteuersatz und den Höchststeuersatz bei der Erbschaftssteuer auf 80 Prozent angehoben.

DIE LINKE fordert eine fünfprozentige Steuer auf alle privaten Vermögen, die eine Million Euro übersteigen. Diese Millionärssteuer brächte jedes Jahr mindestens 80 Milliarden Euro zusätzlich. DIE LINKE will darüber hinaus weitere 80 Milliarden

Euro bei den Reichen eintreiben: unter anderem durch eine Finanztransaktionssteuer, eine sozial gerechte Erbschaftssteuer und eine deutlich höhere Besteuerung von Aktiengesellschaften und GmbHs.



»Wir zahlen nicht für eure Krise«

Sechs Milliarden Euro für den Ausbau von Kindertagesstätten sind nicht da, sagt die Regierung und vertröstet Eltern auf das Jahr 2013. Aber 480 Milliarden Euro für den Bankensektor, die stellt die Regierung im Schnellverfahren bereit.

Es handele sich ja mehrheitlich um Bürgschaften, wird gesagt. Mittlerweile zeichnet sich aber ab, dass selbst diese Mega-Summe nicht ausreichen könnte. Rund 100 Milliarden Euro gehen bislang für die Hypo Real Estate drauf, mehr als 18 Milliarden für die Commerzbank. Faktisch ist

der private Bankensektor weltweit pleite – auch in Deutschland. Im Keller der hiesigen Banken lagern noch mindestens 300 Milliarden Euro Schrottpapiere, manche Schätzungen gehen sogar von bis zu 1000 Milliarden Euro aus. Das Eigenkapital der deutschen Privatbanken beträgt jedoch gerade einmal 400 Milliarden Euro!

»Wer soll das alles bezahlen?«, fragen sich viele Menschen. Allein in diesem Jahr führen Bankenrettung und zaghaftes Konjunkturprogramm zu einer Neuverschuldung von mindestens 50 Milliarden Euro. Auch in den nächsten Jahren

steht es um die Staatsverschuldung nicht besser. Die Antwort auf diese Frage wird wohl so aussehen: Bis zur Bundestagswahl im September wird Finanzminister Steinbrück (SPD) die Verschuldung hinnehmen, doch nach der Wahl droht die alte Leier: Haushaltskonsolidierung. Diese könnte dann bedeuten: Agenda 2020. Schon heute tuscheln manche Neoliberalen: »Weshalb eigentlich Hartz IV? In den USA gibt es das auch nicht.« Und Medien spekulieren, die Regierung könnte die Bundeszuschüsse zur Rente beschneiden – immerhin 80 Milliarden Euro.

Schutzschirm für Menschen

DIE LINKE fordert: ■ Verbot von Massenentlassungen aufgrund der Finanzmarktkrise ■ Schaffung von mindestens 1 Million Arbeitsplätzen durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm ■ Belegschaftsbeteiligungen ■ Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ■ Verlängerung des Bezugszeitraumes des Arbeitslosengeldes I ■ Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes in einem ersten Schritt auf 435 Euro ■ Gesetzlicher Mindestlohn von 8 Euro sofort, in schnellen Schritten 10 Euro ■ Sofortige zusätzliche Anhebung der Renten um drei Prozent

Bis die Straße kocht

Zeitgleich zu den Protesten in Deutschland am 28. März finden in London, Madrid, Prag und vielen weiteren Städten Massendemonstrationen statt. Am 2. April treffen sich die Regierungschefs der 20 mäch-

tigsten Staaten der Welt in London. »Diese Regierungen dürfen nicht allein über die Zukunft des globalen Finanzsystems und der Weltwirtschaft entscheiden«, heißt es im internationalen Demo-Aufruf.

DEMONSTRATION
28. März 2009
Frankfurt/Main
12 Uhr, Hauptbahnhof
und Bockenheimer
Warte Abschlusskundgebung: 15 Uhr, Römerberg
Berlin, 12 Uhr,
Rotes Rathaus
Abschlusskundgebung:
15 Uhr, Gendarmenmarkt

Aufstehen – gegen Krise und Krieg!

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Finanz- und Wirtschaftskrise fordert jeden Tag neue Opfer. Hunderttausende haben ihre Arbeitsplätze schon verloren oder fürchten sich davor.

Die Bundesregierung hat keine Ahnung, wie lange diese Krise noch dauern wird. Aber sie weiß genau, wer dafür bezahlen soll und wer nicht: Zahlen sollen nicht die wenigen Reichen, die sich in den letzten zehn Jahren 500 Milliarden an Renditen und Steuer geschenken in die Taschen gestopft haben. Zahlen sollen all diejenigen, denen seit Jahren die Löhne und Renten gekürzt werden, die gezwungen sind, jeden Job anzunehmen, oder unter Hartz IV leiden.

Gerechtigkeit sieht anders aus: Es braucht einen Schutzschirm für die Menschen! Aus den Milliarden, die die Profiteure dieser Krise angehäuft haben, könnten neue Arbeitsplätze, die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I, mehr Leistungen für Hartz-IV-Empfänger sowie höhere Löhne und Renten finanziert werden.

DIE LINKE fordert eine Millionärssteuer, die jedes Jahr 80 Milliarden Euro einbringt. Sie kämpft seit mehr als einem Jahr für ein Zukunftsinvestitionsprogramm: jährlich 50 Milliarden Euro für Bildung, Gesundheit und eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze. Außerdem will sie den Finanzsektor unter staatliche Regie nehmen und demokratisch kontrollieren.

Am 28. März startet in ganz Europa eine Protestwoche, um gegen Krise und Kriege zu demonstrieren. Seien Sie dabei – nur gemeinsam sind wir laut!

Mit freundlichen Grüßen,
Dietmar Bartsch, Ulrich Maurer



Was ist das Zukunftsinvestitionsprogramm?

DIE LINKE hat bereits vor einem Jahr ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von jährlich 50 Milliarden Euro gefordert: für Bildung, Gesundheit, Umwelt, Klimaschutz und kommunale Daseinsvorsorge. Mindestens eine Million tariflich abgesicherter Vollzeit Arbeitsplätze könnten so geschaffen werden.

Hätte die Bundesregierung so ein Programm bereits vor einem Jahr umgesetzt, müssten heute Hunderttausende Menschen nicht um ihre berufliche Existenz bangen. Der Vorschlag der Partei DIE LINKE ist mehr als die kurzfristigen Konjunkturprogramme der Bundesregierung, die nach zwei Jahren auslaufen. Er garantiert dauerhaft mehr Personal und höhere Qualität in Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern, Pflegeheimen.



Gutgelaunte Allianz: Kanzlerin Merkel (CDU) und Deutsche-Bank-Chef Ackermann haben gemeinsam ein Gesetz erarbeitet, das Banken bis zu 480 Milliarden Euro aus Steuergeldern zusichert.

picture-alliance/dpa

Keiner will's gewesen sein, aber alle sollen zahlen

Ich war's nicht, behaupten jetzt viele. Der Bankenvorstandschef, der von Unternehmen 25 Prozent Rendite forderte und kerngesunde Unternehmen wie Märklin in den Ruin trieb. Ich war's nicht, sagt auch der Investmentbanker, der mit geliehenen Milliarden auf Medikamente und Weizen wettete und mit Krankheit und Hunger Profite erzielte. Ich war's nicht, behaupten die Politiker, die die Bankenkontrolle zerstörten und solche Spekulationen überhaupt erst ermöglichten.

Ich war's nicht, behaupten sie alle und wollen auch noch Bonuszahlungen kassieren.

400 Millionen Euro fordern allein Investmentbanker der Dresdner Bank, die von der mit 18 Milliarden Euro Steuergeldern subventionierten Commerzbank aufgekauft wurde.

Beim bankrotten US-Investmenthaus Merrill Lynch griffen die Manager gar Sonderzahlungen in Höhe von 3,6 Milliarden Dollar ab. Im Klartext: Mit Steuergeldern werden Prämien bezahlt.

Die aktuelle Bundesregierung führt den Skandal fort, den einst schon Willy Brandt kritisierte: Gewinne werden privatisiert, Schulden verstaatlicht.

Banken versparkassen



picture-alliance/ZB

Die Sparkassen triumphieren über Deutsche Bank, Commerzbank & Co.

Die öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Institute erweisen sich in dem aktuellen Finanz-Crash als stabiler Stützpfiler, ohne den die Wirtschaft noch stärker einbrechen würde.

Anstatt mit geliehenem Geld

zu zocken, sammeln sie Spareinlagen bei der Bevölkerung und bei Betrieben ein und stellen sie produktiven Unternehmen als Kredite zur Verfügung. Wie die Sparkassen, so gehört der gesamte Finanzsektor in öffentliche und demokratische Kontrolle.

Das Casino muss geschlossen werden: Wetten auf fallende

Kurse, Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanzen, Hedgefonds gehören verboten.

Auf internationaler Ebene müssen die Wechselkurse vor Spekulanten geschützt und Steueroasen ausgetrocknet werden. Alle Finanztransaktionen gehören besteuert und die internationalen Kapitalströme streng kontrolliert.

Enteignung der Beschäftigten führt zur Finanzkrise

500 Milliarden Euro – so groß ist die Summe, um die Beschäftigte in den letzten zehn Jahren betrogen wurden.

Der Trick heißt Lohndumping durch die Agenda 2010, ausgeführt von SPD und Grünen in Tateinheit mit CDU/CSU und FDP: Befristungen, Leiharbeit, Minijobs und der Zwang für Erwerbslose, jeden Billigjob annehmen zu müssen. Die Löhne aller Beschäftigten sind seit 2000 um vier Prozent gesunken, bei Beschäftigten ohne Tarifschutz sogar um zehn Prozent. Acht Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnssektor.

Reichtum strömt in Finanzmärkte

Seit 2000 sind die Profite hingegen um 35 Prozent explodiert. Die Regierungen Schröder (SPD) und Merkel (CDU) haben zudem Reichen und Vermögenden Steuergeschenke von knapp 500 Milliarden Euro gemacht. Faktisch sind die arbeitenden Menschen um 1000 Milliarden Euro enteignet worden. Die Reichen konnten diesen gewaltigen

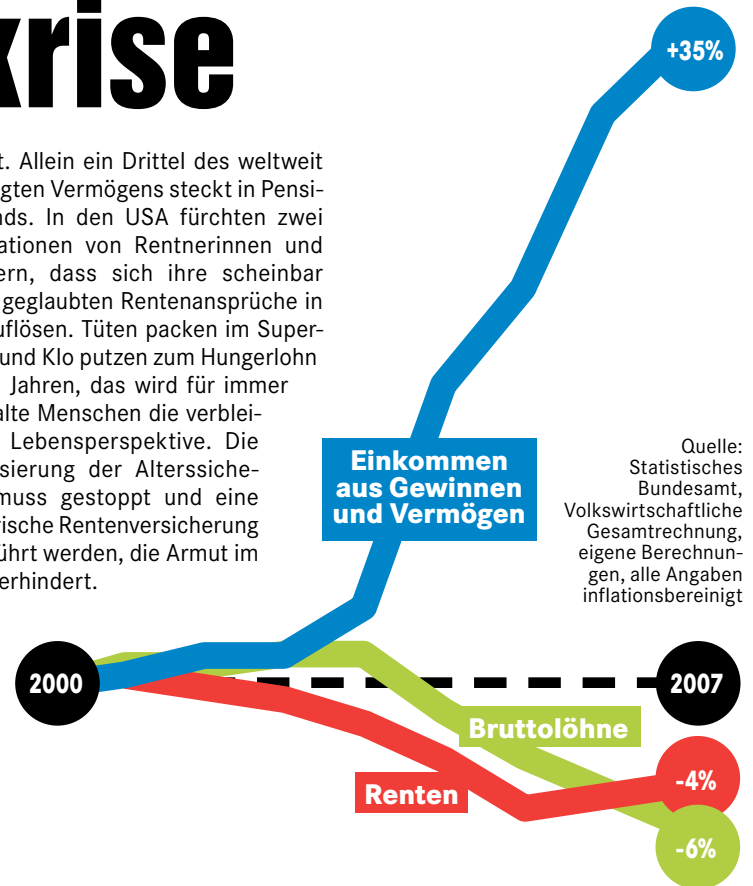
Betrag nur ansatzweise konsumieren. So viele Ferraris und Privatflugzeuge konnten selbst sie sich nicht kaufen! Der allergrößte Teil dieses Geldes ist in die Finanzmärkte geflossen.

Weltweit betrug 1980 das Volumen auf den Finanzmärkten gerade einmal 12 Billionen Dollar pro Jahr, heute liegt es bei rund 180 Billionen Dollar. Der jährlich erarbeitete Reichtum hingegen hat sich in dem gleichen Zeitraum nur von rund 10 auf 60 Billionen Dollar erhöht. Jeder Euro, der in Lohnkämpfen nicht durchgesetzt wurde, stärkt das vagabundierende Kapital auf den Finanzmärkten. Jeder Euro, den sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht erkämpfen, befördert das Chaos der Finanzmärkte.

Angst vor Altersarmut

Die chaotischen Finanzmärkte speisen sich aus einer weiteren Geldquelle: aus der privatisierten Altersvorsorge, die in Deutschland mit dem Namen des Ex-Arbeitsministers Riester (SPD) verbun-

den ist. Allein ein Drittel des weltweit angelegten Vermögens steckt in Pensionsfonds. In den USA fürchten zwei Generationen von Rentnerinnen und Rentnern, dass sich ihre scheinbar sicher geglaubten Rentenansprüche in Luft auflösen. Tüten packen im Supermarkt und Klo putzen zum Hungerlohn mit 70 Jahren, das wird für immer mehr alte Menschen die verbleibende Lebensperspektive. Die Privatisierung der Alterssicherung muss gestoppt und eine solidarische Rentenversicherung eingeführt werden, die Armut im Alter verhindert.



»Ich rechne mit erheblichen Auseinandersetzungen«

Andreas Huhn (55) arbeitet im Volkswagen-Werk in Kassel, in dem 13 000 Beschäftigte Getriebe und Abgasanlagen bauen. Er ist Vorsitzender der Vertrauenskörperleitung der IG Metall.

Wie nimmst du die aktuelle Krise in deinem Betrieb wahr?
Andreas Huhn: Im Sommer 2008 haben im Werk noch 1000 Leiharbeiter gearbeitet. Heute sind es nur noch 170 und viele ihrer Verträge laufen im März aus. In der letzten Februarwoche war jeder Zweite der Stammbelagschaft von Kurzarbeit betroffen. Auch im März gibt es viele Kurzarbeitstage.

Wie wirkt sich die Kurzarbeit auf die Stimmung im Betrieb aus?
Die Stimmung ist besorgt, aber nicht verängstigt. Wir haben das Glück, dass wir eine 100prozentige Entgelt-Regelung vereinbart haben. Zwar fehlen den Schichtarbeitern die Nachtzuschläge, beim Grundentgelt muss aber niemand Einbußen hinnehmen.

Glaubst du, die Kurzarbeitszeit-Regelung trägt durch die Krise?
Es ist nicht absehbar, wie tief diese Krise ist und wie lange sie dauern wird. Der Volkswagen-Vorstand glaubt, es handle sich nur um eine etwas tiefere Delle. Ich persönlich

denke, dass es schlimmer kommen kann.

Dann könnte die Konzernleitung versucht sein, die bisherige Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung in Frage zu stellen...
Ich rechne dann mit erheblichen Auseinandersetzungen. Die Demonstrationen gegen die Wirtschaftskrise am 28. März geben einen ersten Fingerzeig: Wie viele Kolleginnen und Kollegen können wir mobilisieren.

Was machst du, damit die Demonstration ein Erfolg wird?
Ich spreche viel mit den anderen Vertrauensleuten und werbe für diesen Termin im Betrieb.



Frank Ehrlich aus Brandenburg und Johanna Maiwald aus Berlin unterstützen DIE LINKE. Mach auch du mit im Wahlkampf und setze dich ein für Frieden, für den gesetzlichen Mindestlohn und für deutlich mehr Mitbestimmung.

Einfach den Coupon ausschneiden und einsenden an DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin oder faxen an **030-24 0095 41** oder anrufen **030-24 0099 99**.

Schutzschirm für Menschen

Zuerst fliegen die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter raus. Dann werden Hunderttausende zu Kurzarbeit gezwungen. Die Krise der Zockerbanken schlägt auf die Beschäftigten, auf ihre Arbeitsplätze durch. Viele Betriebe leiden unter einbrechender Nachfrage. Häufig werden sie in die Pleite getrieben, weil Banken die Kreditvergabe erschweren, indem sie zusätzliche Sicherheiten fordern und die Zinsen raufsetzen. Allein bis zum nächsten Winter rechnen Experten mit

dem Verlust von einer Million Arbeitsplätzen. Eigentlich wollte die Regierung genau so ein Desaster mit dem 480 Milliarden Rettungsplan für Banken verhindern – und hat versagt. DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für die Menschen:

- Banken vergesellschaften und dafür sorgen, dass Kredite zu fairen Bedingungen vergeben werden.
- Ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 50 Milliarden Euro jährlich auflegen. Das

schafft mehr als eine Million Arbeitsplätze.

- Rechte der Beschäftigten ausbauen: Schutz vor Kündigungen, mehr Mitbestimmung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
- Bei staatlichen Bürgschaften für oder Übernahmen von Industriebetrieben müssen die Belegschaften an den Unternehmen beteiligt werden.

Mehr Informationen zum Schutzschirm unter www.die-linke.de/schutzschirm

**1. Mai: Tag der Arbeit
16. Mai: Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin**

Vorname, Name:

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Ort:

Telefon:

E-Mail-Adresse:

Oder Anmeldung online ausfüllen unter www.die-linke.de/linksaktiv

Diese Angaben dienen einzig der Verbesserung der Kommunikation zwischen den Wahlkampfbüros der Partei DIE LINKE und den Aktiven vor Ort. Sie werden ausschließlich im Parteivorstand, in den Landesverbänden und in den weiteren Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Nein zum Krieg! NEIN ZUR NATO

DIE LINKE.

www.die-linke.de/nein_zur_nato

Die NATO feiert Anfang April ihren 60. Geburtstag. Obama kommt, Merkel, Sarkozy und viele weitere Staatschefs rangeln um die besten Plätze bei Tisch. Doch bei dem Treffen in Straßburg und Baden-Baden geht es nicht ums Feiern.



Ein neuer radikaler Masterplan soll beraten und abgestimmt werden, der die Militäralliance als globale Macht aufstellt: Kriege ohne UN-Mandat und ein Einsatz von Atomwaffen auch gegen Staaten, die keine Atomwaffen besitzen. Außerdem soll das Konsensprinzip im NATO-Rat abgeschafft werden, jederzeit könnte dann eine »Koalition der Willigen« mit den Kapazitäten der Alliance Krieg führen.

Zehntausende protestieren gegen NATO-Gipfel

Doch ohne Widerspruch werden diese Beratungen nicht stattfinden. Zu großen Protestaktionen haben Friedensbewegung, Gewerkschaften und linke Parteien aus ganz Europa aufgerufen und erwarten mehrere zehntausend Demonstranten.

Den neuen Masterplan haben hochrangige Generäle mitentwickelt, unter ihnen der Ex-Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann. In einem Konzeptpapier heißt es zu dieser Strategie, »sie beinhaltet die umsichtig abgestimmte und voll integrierte Nutzung aller politischen, ökonomischen, militärischen, kulturellen, sozialen, moralischen, spirituellen und psychologischen Machtmittel, die zur Verfügung stehen«. Im Klartext: ein Totalkonzept.

Treibende Kraft hinter diesem Konzept sind die USA, aber mit dabei ist auch die Bundesregierung. Sie

nimmt die Anforderungen anderer NATO-Staaten auch zum Anlass, um die deutsche Außenpolitik noch weiter zu militarisieren, um bei noch mehr Kriegen dabei zu sein.

Truppen raus aus Afghanistan

Ein Referenzprojekt für die neue NATO-Strategie ist der Afghanistan-Krieg, in dem die NATO im August 2003 das Kommando übernahm. Fünfeinhalb Jahre später sterben in diesem Guerillakrieg täglich Zivilisten und Soldaten. Tausende sind schon umgekommen. In Kabul herrscht eine korrupte Regierung, die eng mit Drogenbaronen zusammenarbeitet.

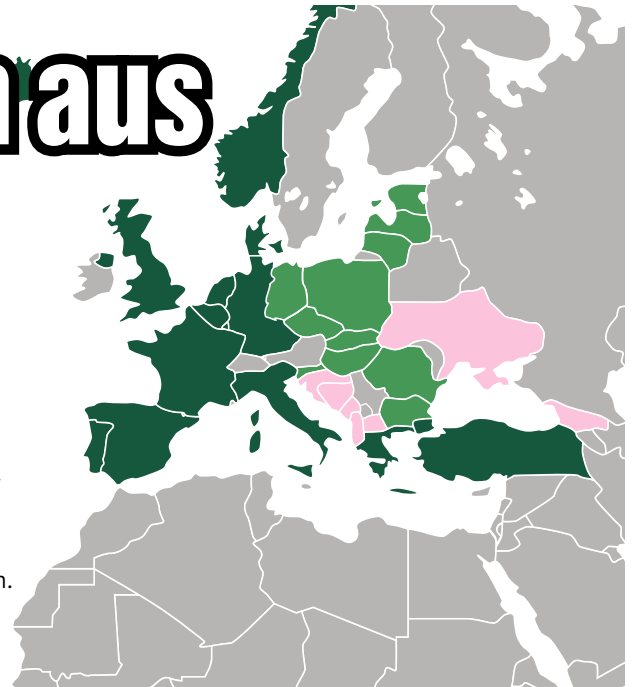
Die Antwort des neuen US-Präsidenten Obama auf dieses Desaster lautet jedoch: noch mehr Kampfeinheiten. 17 000 Soldaten werden vom Irak nach Afghanistan verlegt. Auch Deutschland stockt den Truppeneinsatz auf 4 500 Männer und Frauen auf. Dabei zeigen die letzten Jahre, dass die ausländischen Soldaten in Afghanistan nicht zur Lösung des Problems beitragen, sondern Teil des Problems sind. Obama proklamierte in seinem Wahlkampf »Change«. Für die Friedensbewegung heißt »Change« jedoch: die Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen, die nukleare Erstschlagsoption aufzugeben und die NATO aufzulösen.

Die NATO breitet sich aus



Die NATO hat sich 1949 als westeuropäisches und nord-amerikanisches Militärbündnis gegen die Ostblockstaaten gegründet. Doch anstatt sich mit dem Ende des Kalten Krieges aufzulösen, wurde das Gegenteil verfolgt: Zehn neue Mitgliedsstaaten sind hinzugekommen, sieben weitere Staaten gelten als Beitrittskandidaten. Die NATO-Osterweiterung umzingelt Russland und erweitert die Einflussgebiete der NATO in den Nahen und Mittleren Osten.

■ NATO-Mitgliedsstaaten, Stand 1989
■ NATO-Erweiterungen, 1990-2009
■ NATO-Beitrittskandidaten



Eine Woche des Protestes

Ein internationales Bündnis ruft für Anfang April zu einer Woche des Protestes gegen den NATO-Gipfel auf. Auf den Veranstaltungen werden der US-amerikanische Wissenschaftler Noam Chomsky, die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya, der britische Schriftsteller Tariq Ali und viele mehr sprechen. Sei dabei!

1. April Eröffnung des Protest-Camps in Straßburg **2. April** Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu Afghanistan in Baden-Württemberg **3. April** Internationale Gegenkonferenz zur NATO in Straßburg **4. April** morgens Aktionen des zivilen Ungehorsams, ab 13 Uhr internationale Demonstration in Straßburg **5. April** Internationale Gegenkonferenz in Straßburg

Jetzt aktiv werden! Kostenloses Material der Partei DIE LINKE ist über die Landesgeschäftsstellen erhältlich. Busse oder Sonderzüge fahren aus allen Bundesländern.

Mehr Infos unter: www.die-linke.de/nein_zur_nato

Impressum Herausgeber: Parteivorstand DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel.: 030/24 009 0 Fax: 030/24 110 46, bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de, www.die-linke.de
V.i.S.d.P.: Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer (Anschrift wie Herausgeber)
Redaktion: Ruben Lehnert, Michael Schlecht, Mark Seibert, Thomas Westphal, Mitarbeit: Christine Buchholz, Klaus-Dieter Heiser, Julia Marg, Helge Meves, Florian Moritz, Stefanie Graf, Frank Schwarz, Benjamin Wuttke, Satz: DiG/Plus GmbH, Berlin; Druck: MediaService GmbH, Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin, Redaktionsschluss: 23. Februar 2009